

Zwönitztaler Anzeiger

Erscheint wöchentlich viermal, am Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. — Bezugspreis: Durch unsere Eräger monatlich 90 Pfg. frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.40. Druck u. Verlag: Buchdruckerei C. Bernhard Ott, Zwönitz. Inhaber u. verantw. Schriftf.: Carl Bernh. Ott, Zwönitz. Geschäftsstelle: Zwönitz, Kühnhaidestraße 73B/74. Fernspr. Nr. 23. Postfch. 4814 Leipzig.

Amts-Blatt

für das königliche Amtsgericht und die städtischen Behörden zu Zwönitz

Anzeigen: Die sechsgespaltene (43 mm) Kleinzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Familienanz., Sammelanz., tabellar. Satz u. auswärt. Anz. 30 Pfg. die Zeile, die dreigespalt. Zeile im Reklamet. 70 Pfg., im amtl. Teile 60 Pfg. Mindestpr. einer Anz. 1 M. Bei Wiederholungen Preisermäß. nach Vereinbarung. Bei Konkursen, Klagen, Vergleichen und Zielüberkreitung fällt jede auf Anzeigen gewährte Preisermäßigung weg.

Anzeiger für Zwönitz, Niederzwönitz, Kühnhaid, Denkersdorf, Dorfschennitz, Günsdorf und andere Ortschaften im Zwönitztale

Nr. 170.

Donnerstag, den 7. November 1918.

43. Jahrg.

Amtlicher Teil.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden, daß die Verwaltung und Nutzung des Gärtners **Erdmann Arno Schmidt** in Gornsdorf i. Erzgeb. an dem Vermögen seiner Ehefrau **Martha Margaretha Schmidt geb. Müller** daselbst durch Ehevertrag vom 28. Oktober 1918 ausgeschloffen worden ist.

Zwönitz, den 4. November 1918.

Königliches Amtsgericht.

Auftragsgemäß sollen Freitag, den 8. November 1918 vormittags 11 Uhr im hiesigen Versteigerungsraum

1700 Stück Granaten (Zündladungskapseln, Größe Z 01)

gegen Barzahlung versteigert werden.

Zwönitz, den 5. November 1918.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. September 1918 über Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung werden die durch Bekanntmachung des unterzeichneten Versicherungsamtes vom 26. August 1918 (Stollberger Anzeiger vom 30. August 1918) veröffentlichten Jahresarbeitsverdienste mit Geltung vom 1. Okt. 1918 ab in folgender Weise geändert:

Bezirke der Amtshauptmannschaft	Versicherte im Alter:							
	über 21 Jahre		von 16-21 Jahren		von 14-16 Jahren		unter 14 Jahren	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1. für den gesamten Verwaltungsbezirk ohne den Gutsbezirk Zwönitz	1040	780	910	715	624	559	300	300
2. für die Gutsbezirke Zwönitz	1170	600	975	600	715	550	300	300
3. für die Gutsbezirke Zwönitz	1079	750	910	700	611	550	300	300

Die Abänderungen sind durch fetten Druck hervorgehoben.

Stollberg, am 29. Oktober 1918.

Königliche Amtshauptmannschaft, Versicherungsamt.

Ein Aufruf der Volksregierung.

An das deutsche Volk.

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volke. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Recht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags gebildet.

Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden. Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstages.

Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen. Pressefreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet.

Doch viel bleibt noch zu tun. Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurücksteht, wird entschlossen weitergeführt. Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasien sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen. Selbstsucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das Schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen

ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zwecke, aus keinem andern Grunde, sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Todesmut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiete sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt.

Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung wie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes, als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern.

Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichskanzler

Max, Prinz von Baden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers von Bayern.

Der Vizepräsident

des preussischen Staatsministeriums

Dr. Friedberg.

Die Staatssekretäre: Dr. Solz, Graf von Roedern, Dr. von Krause, Rüdlin, von Waldow, Freiherr von Stein, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Hausmann, Bauer, Trimborn.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts
Ritter von Mann.

Der Kriegsminister Scheuch.

Vom Weltkrieg.

Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittags von Berlin nach dem Westen abgereist.

Blättermeldungen zufolge bereiten die Neutralen eine Vermittlungsfaktion vor, um Wilson die Beschleunigung der Verhandlungen nahezu legen.

Nachrichten aus Wien zufolge befinden sich Polen und Ukrainer in Dispalizien in ausgesprochenem Kriegszustand.

Der ungarische Kriegsminister ordnete den ungestörten Durchzug der deutschen Truppen durch Ungarn an.

Die zur Besetzung der von den österreichisch-ungarischen Truppen geräumten Gebiete bestimmten Ententeheere haben die österreichische Linie bereits mehrfach überschritten.

Aus Kiew wird das unaufhaltbare Vordringen englischer und französischer Truppen im Kaukasus gemeldet.

Dem Reichstag ist ein neuer Nachtrags-Etat zugegangen, der aus Unlaf des Krieges neue Mittel in Höhe von 15 Milliarden Mark anfordert.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags fand im Anschluß an die Regierungserklärungen eine längere Aussprache statt.

Ein Feldzug gegen Süddeutschland?

Die Bedingungen des österreichisch-italienischen Waffenstillstandes haben in manchen Kreisen — man muß es offen sagen — Befürchtung hervorgerufen. Leute, die sich sonst leicht in Schreden versetzen lassen, sehen bereits einen Vormarsch der Entente an die bayerische und sächsische Grenze voraus. Was ist von diesen Schredensphänomenen zu halten und wie stellt sich die Lage bei nüchterner Betrachtung dar? Ein Aufmarsch der feindlichen Heeresmacht vor den Toren des Königreiches Sachsen erscheint aus verschiedenen Gründen ausgeschlossen. Einmal wegen der Entfernung und der außerordentlich großen geographischen Schwierigkeiten. Ein feindlicher Heereszug durch Krain, Kärnten, Steiermark über die österreichischen Kalkalpen nach Wien — schon das ist eine militärische Unmöglichkeit. Ueber Ungarn wäre es ein ungeheurer Umweg, dem überdies der neue ungarische Staat die denkbar unangenehmsten Schwierigkeiten entgegenzusetzen würde. Dann aber erwälde den Ententetruppen erst die Aufgabe, den Tschechenstaat zum Aufmarschgebiet zu machen. Auch das ist schwer denkbar. Die Tschechen betrachten sich nach Wilsonschem Rezept zwar als Bundesgenossen der Alliierten. Aber sie spielen diese Rolle nur zu dem Zwecke ihrer staatlichen Selbstbestimmung und zur Erlangung eines schnellen Friedens. Es wird auch der geschicktesten englischen Propaganda nicht gelingen, die Prager Regierung in einen neuen Krieg mit dem Ziele Sachsen-Deutschland hineinzureißen. Also diese ganze Kombination ist nicht mehr als ein Hirngespinnst. Etwas anderes ist es allerdings mit der Gefährdung der bayerischen Grenze. Hier

lassen sich gewisse Befürchtungen nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Die Entente verlangt die militärische Räumung von fast ganz Süd- und Mittelitalien, eines Gebietes, das sehr wohl als Aufmarschraum dienen kann. Es handelt sich dabei nicht nur um die Landstriche mit italienischer Bevölkerung, sondern auch um einen großen Teil deutsch-österreichischen Landes. Ja, die Linie, hinter die sich alle österreichisch-ungarischen Kräfte zurückziehen haben — der Termin wird ebenfalls noch vom Feinde diktiert —, ist so gewählt, daß bis zum Anfall nur ein kurzer Weg zurückzulegen ist. Ist diese Spanne überschritten, so steht dem Aufmarsch an die Grenze des Königreiches Bayern nichts mehr entgegen, es sei denn ein energischer Waffenwiderstand. Aber wie steht es denn damit im ehemaligen Oesterreich-Ungarn? Der deutsch-österreichische Staatsrat hat in einer Note mit anerkannter Offenheit erklärt, daß Deutsch-Oesterreich keine eigene Armee besitze. „Seine Truppenkörper sind Verbänden zugeteilt, deren slowakische und madsjarische Mehrheit nicht mehr kämpfen will, daher ist Deutsch-Oesterreich nicht imstande, den Kampf allein fortzusetzen.“ Tatsächlich haben sich die deutsch-österreichischen Truppenverbände, die für einen Schutz Nordtirols und Salzburgs in Betracht kämen, entweder bereits aufgelöst oder sie befinden sich in der Auflösung. Der Waffenstillstand wird jedenfalls auch von ihnen vollständige Enthaltung vom Waffendienst verlangen. Was bleibt also an Garantien, daß der Friede zwischen Italien und Oesterreich nicht zur Grundlage eines Feldzuges gegen Süddeutschland wird? Ein Wiener Protest? Den Ententebedingungen wurde von Seiten des österreichischen Telegraphenbureaus amtlich hinzugefügt, sie seien nicht so zu verstehen, daß die feindliche Armee die freie Bewegung zu einem Angriff auf Deutschland aus-